

Brandenburger Sozialgipfel

21.06.2010

Begrüßung

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Teilnehmerinnen und Teilnehmer,

ich darf Sie alle im Namen des SprecherInnenrates der Landesarmutskonferenz herzlich zum Brandenburger Sozialgipfel 2010 begrüßen. Wir freuen uns sehr, dass so Viele gekommen sind, um ein deutliches Zeichen der Solidarität, aber auch des Widerspruchs gegen Armut und Ausgrenzung in Brandenburg zu setzen.

Unser Gipfel ist Teil der nationalen Aktionswoche im Rahmen des Europäischen Jahres gegen Armut und Ausgrenzung, die heute beginnt und mit zahlreichen Veranstaltung öffentlich auf die Situation benachteiligter Menschen aufmerksam machen will. Deshalb werden auch wir heute Nachmittag in die Brandenburger Innenstadt umziehen und nicht nur hier unter uns beraten. Mit Informationsständen, Musik und Aktion wollen wir mit den Menschen in Potsdam und im Land ins Gespräch kommen, denn Armut und Ausgrenzung gehen alle an, sind eine Integrationsaufgabe für die ganze Gesellschaft und nicht nur für Sozialarbeit, Politik und Kostenträger!

Aber natürlich auch für Politik und so freuen wir uns, dass dieses Anliegen auch von der Brandenburger Landesregierung aufgenommen wurde und wird. Neben zahlreichen hier anwesenden Landespolitikern und stellvertretend begrüße ganz herzlich Sozialminister Günter Baaske. Sein Ministerium hat durch eine großzügige, finanzielle Unterstützung wesentlich zum Zustandekommen dieser Konferenz beigetragen und es insbesondere vielen von Armut betroffenen Menschen ermöglicht, heute hier zu sein. Dafür danken wir ganz herzlich, sowie für Ihre Bereitschaft im Rahmen der geplanten Podiumsdiskussion die Arbeit der Landesregierung darzulegen.

Danken möchte ich schon an dieser Stelle auch allen Mitstreitern aus dem SprecherInnenrat, den Arbeitsgruppenleitungen und Mitarbeitern aus den Verbänden, die teilweise seit Monaten diesen Tag vorbereitet haben. Ich glaube, dieser volle Saal zeigt, dass sich die vielen investierten Stunden gelohnt haben!

Ich sagte bereits, dass dieser Sozialgipfel Teil einer nationalen Aktionswoche ist und die wird wesentlich von der Nationalen Armutskonferenz begleitet, in der wir auch als Brandenburger Konferenz mit einem Gaststatus sitzen. Ich begrüße herzlich Michaela Hofmann vom Vorstand der Nationalen Armutskonferenz, die uns gleich noch mehr über Intentionen und Ziele des Europäischen Jahres berichten wird.

Begrüßen möchte ich auch unseren Hauptreferenten, Prof. Dr. Hauser von der Universität Frankfurt (am Main). Er hat sich bereits seit den 80er Jahren mit der wachsenden Spaltung der Gesellschaft auseinandergesetzt und darf ohne Übertreibung als einer der Väter der nationalen Armut- und Reichtumsberichterstattung bezeichnet werden. Auch nach seiner aktiven Lehrtätigkeit ist er ein gefragter Mann und ständig auf Reisen. Wir freuen uns deshalb besonders, dass Sie heute den Weg nach Potsdam gefunden haben und sind gespannt auf ihren Beitrag.

An Anlässen für diese Konferenz mangelt es wahrlich nicht. Die Sparpläne der Bundesregierung haben bundesweit zu einem Aufschrei geführt. Trotz aller Beteuerungen der Kanzlerin haben selbst Regierungsvertreter Zweifel an der sozialen Ausgewogenheit eines Sparpakets, das von den Armen sehr konkreten Verzicht verlangt, die Solidarität von Banken und

Wirtschaft aber mehr als vage formuliert. Jetzt fordern selbst Wirtschaftsvertreter Subventionsabbau und Millionäre eine Anhebung des Spitzensteuersatzes. Die Lasten der Wirtschafts- und Finanzkrise sind nicht gerecht verteilt, das spüren die Menschen bis weit ins bürgerliche Lager hinein.

Gleichwohl scheint diese Regierung den wachsenden Widerstand aussitzen zu wollen und offensichtlich wurde der Zeitpunkt bewusst gewählt, kalt und berechnend darauf setzend, dass die Fußballweltmeisterschaft das Thema aus den Medien und Köpfen verdrängen würde. Doch unabhängig von der aktuellen Zitterpartie der Deutschen Nationalmannschaft kann und wird es um die Regierungspläne keine Beruhigung geben. Im Gegenteil: Die beschämende schwarz-gelbe Plünderung des kleinen Geldbeutels bei gleichzeitiger Schonung der Leistungsfähigen dieser Gesellschaft treibt immer mehr Menschen auf die Straße und die Zornesröte ins Gesicht.

Dabei wussten selbst schon die Römer, dass man neben Spielen das Brot nicht vergessen darf! Diese Regierung aber scheint mehr Angst vor der eigenen Courage zu haben als vor dem Wähler, der ihnen sicherlich bei passender Gelegenheit die richtige Quittung ausstellen wird. Noch ist es nicht so weit, selbst wenn der Spiegel schon „Aufhören“ titelt. Die einstmalige Volkspartei CDU, deren Sozialpolitiker sich immer dem Sozialstaatsauftrag verpflichtet fühlten, scheint in Geiselhaft einer FDP genommen, deren sozialliberale Tradition lange vorbei ist. Dieser Partei, die vom ersten Tag an ihre Regierungsunfähigkeit bewiesen hat, scheint jedes Mittel recht, um ihre eigene Klientel zu bedienen. Damit dürfen und werden sie nicht durchkommen und dafür werden wir heute auch auf die Straße gehen.

Und damit diese Botschaft auch in Berlin ankommt haben wir ein Manifest vorbereitet, das Ihnen vorliegt und das wir heute noch abstimmen wollen.

Ich wünsche uns und Ihnen eine angeregte und engagierte Konferenz und darf jetzt an Dr. Manfred Thuns übergeben.